

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 97 (2003)

Heft: 6

Artikel: NW-Gespräch von Willy Spieler mit Ulrich Duchrow : den Kapitalismus vom christlichen Glauben her in Frage stellen

Autor: Spieler, Willy / Duchrow, Ulrich

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144405>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Den Kapitalismus vom christlichen Glauben her in Frage stellen

Unter dem Titel «Alternativen zur imperialen Diktatur des Eigentums» hatten die «Freundinnen und Freunde der Neuen Wege» zusammen mit der Religiös-Sozialistischen Vereinigung für ihre Jahresversammlungen ein öffentliches NW-Gespräch mit Ulrich Duchrow angekündigt, das wegen einer Erkrankung unseres Gesprächspartners leider abgesagt werden musste. Der Redaktor hat das Gespräch am 20. Mai in Heidelberg nachgeholt. Ausgehend vom Beispiel Argentinien, zeigt Ulrich Duchrow, wie die neoliberalen Globalisierung nicht nur die Armen ärmer macht, sondern immer mehr auch den Mittelstand bedroht. Dieses System bedeutet in seinem Kern Zerstörung, Diskriminierung, ja Mord. Es muss vom christlichen Glauben her grundsätzlich in Frage gestellt werden. Darum haben der Reformierte Weltbund, der Ökumenische Rat der Kirchen und der Lutherische Weltbund einen «processus confessionis» erklärt, der die Christinnen und Christen auffordert, die wachsende Unrechtheit und Naturzerstörung im globalen Kapitalismus als Herausforderung an den Glauben zu «bekennen» (vgl. NW 5/2003, S. 145ff.). Unser Gesprächspartner stellt in neuer Radikalität die alte Eigentumsfrage. Zur Alternative einer gerechten Gesellschaft gehört die Partizipation der Menschen an den Produktionsmitteln und an den Erträgen der Wirtschaft. Ulrich Duchrow ist Professor für systematische Theologie an der Universität Heidelberg. Schwerpunkte seiner wissenschaftlichen Tätigkeit sind Sozialethik, Ökumenische Theologie und das Verhältnis von Theologie und Ökonomie. Die Eigentumsfrage hat er zusammen mit Franz J. Hinkelammert in einem im Vorjahr erschienenen Buch vertieft. Es trägt den Titel «Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums». Red.

Der Zerstörungsprozess frisst sich ins Zentrum hinein – das Beispiel Argentinien

Willy Spieler: Ulrich Duchrow, Sie sind bekannt geworden durch das Buch «Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie». Für das öffentliche Gespräch, das wir leider absagen mussten, hatten sie «Alternativen zur imperialen Diktatur des Eigentums» vorgeschlagen. Das tönt wie eine Verschärfung des erwähnten Buchtitels. Hat sich die «lebensbedrohende Ökonomie» seit dem Erscheinen Ihres Buchs 1994 weiter verschlechtert?

Ulrich Duchrow: Die Situation hat sich in der Tat verschlechtert. Dazu gibt es ja reihenweise Untersuchungen. Ich möchte das Beispiel Argentinien hervorheben, wo ich gerade gewesen bin. Das Land stellt eine ausserordentlich wichtige Fallstudie auch für unsere Gesellschaft dar. Argentinien bestand zu 50 bis 60 Prozent aus einer Mittelklassengesellschaft. Inzwischen fallen 50 bis 60 Prozent dieser Gesellschaft unter die Armutsgrenze. Das ist besonders wichtig, weil Argentinien der Musterschüler der Neoliberalen war.

WS: Vor allem während der Präsidentschaft von Carlos Menem.

UD: Ja, unter Menem hat Argentinien praktisch alles gemacht, was die Neoliberalen und der Internationale Währungsfonds vorgeschrieben hatten: Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung. Das Ergebnis ist eine Katastrophe, eine wirkliche Zerstörung dieser Gesellschaft. Das Beispiel ist auch für unsere Gesellschaften wichtig, die ja ebenfalls Mittelklassengesellschaften sind. Wir meinen ja immer, betroffen seien nur die anderen. Das Beispiel Argentinien lehrt, dass sich dieser Zerstörungsprozess immer mehr ins Zentrum hineinfrißt.

Sie fragen, ob meine Analyse seit dem

Erscheinen des erwähnten Buches noch einen Zacken zugelegt habe. Es geht mir um eine *neue Analyse* der Grundlagen des neoliberalen Systems. Die *Rolle des Privateigentums* ist für mich zur zentralen Frage geworden, die wieder auf die Tagesordnung gehört. Das betonen *Franz Hinkelammert* und ich in unserem Buch «Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums».

Eigentum und Vertrag – die zentralen Elemente des Neoliberalismus

WS: Als Ihr Buch erschien, reagierte die «Glaubensgemeinschaft der Ökonomen» (Hans Christoph Binswanger) ziemlich irritiert. Es fehlte auch nicht an aggressiven Rezensionen. Mir ist vor allem die Besprechung Ihres Buches durch einen Volkswirtschafter namens Hermann Sautter in der Ökumenischen Rundschau (Januar 1995) in Erinnerung. Der Rezensent warf Ihnen vor, «über ökonomische Sachverhalte nicht informiert» zu sein. Er selbst gab sich informiert und lobte den Markt mit den Worten: «Er (sc. der Markt) sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.» Wie gehen Sie mit ihren «christlichen» Kritikern um?

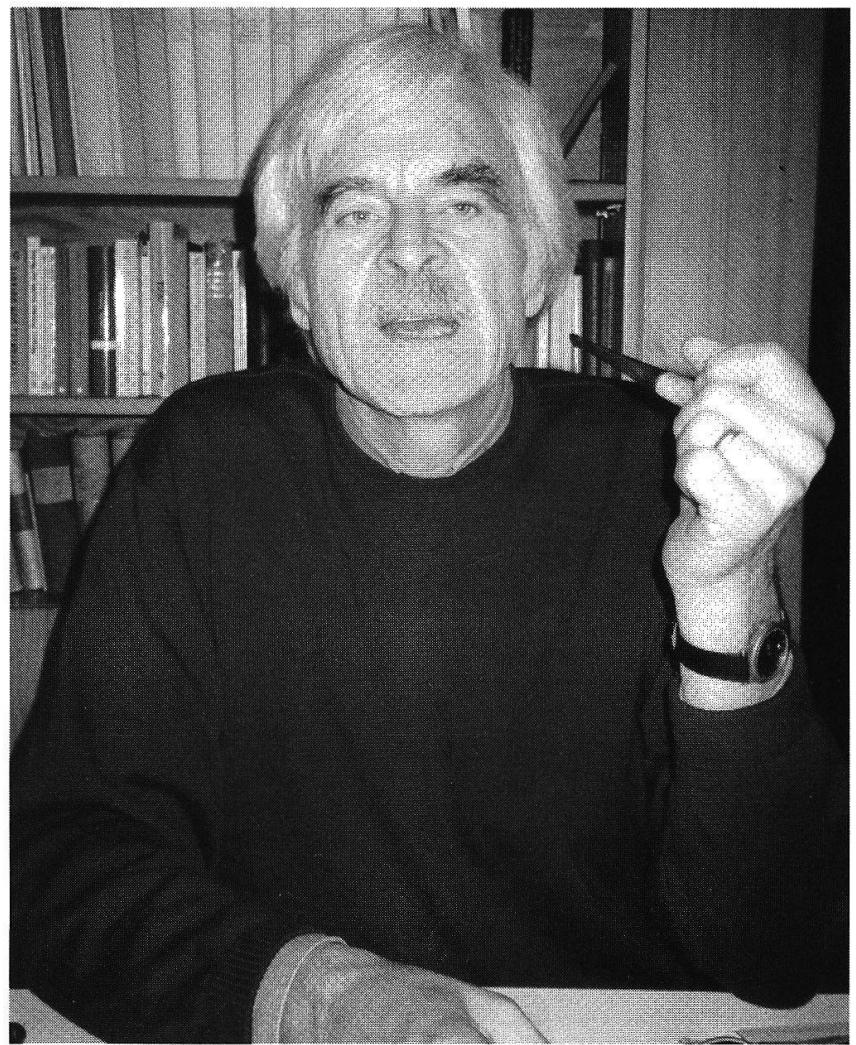
UD: Solch einen Unsinn sagt heute niemand mehr in den Kirchen. Die Voraussagen, die ich in diesem Buch gemacht habe, sind durch die Realität längst übertroffen worden. Das Problem in den westlichen Kirchen ist eher, dass man eine Art *Illusion* sich bewahrt, wir hätten noch *Soziale Marktwirtschaft* und es ginge jetzt nur darum, ein paar Korrekturen an diesem System vorzunehmen, um es zu erhalten. Die Ökumene versucht jetzt ja auch durch die klareren Aussagen des Südens die westlichen Kirchen zu bewegen, eine kritischere Position einzunehmen.

WS: Aber es gibt im Neoliberalismus noch immer diesen ungebrochenen Glau-

ben an den Markt, an den sich die ethische Solidaritätsmaxime delegieren lässt. Was ich von Sautter zitiert habe, wird auch von Karl Homann in seiner «Neuen Interaktionsökonomik» vertreten, die vor allem im Wirtschaftsteil der NZZ auf Resonanz stößt.

UD: Auf diese Frage möchte ich etwas ausführlicher eingehen, auch um den Stellenwert des Eigentums konkret zu benennen. Ich beziehe mich auf ein Zitat, das wir auch in unserem Buch (S. 89) wiedergeben. Es stammt von F.A. von Hayek, der einer der einflussreichsten Ideologen des Neoliberalismus ist. In einem Interview, das er zur *Pinochet-*

«Die Rolle des Privateigentums ist für mich zur zentralen Frage geworden» (Ulrich Duchrow beim NW-Gespräch in seiner Wohnung in Heidelberg).



Zeit in Chile gab, sagte er: «Eine freie Gesellschaft braucht Moral, die sich in letzter Instanz auf die Erhaltung von Leben reduziert...» Da ist man zunächst einmal erfreut, wenn er das sagt. Aber dann macht er nicht einen Punkt, son-

dern einen Doppelpunkt und fährt fort: «... nicht auf die Erhaltung alles Lebens, denn es könnte notwendig sein, individuelles Leben zu opfern, um eine grössere Zahl anderer Leben zu retten. Daher sind die einzigen Regeln der Moral diejenigen, die zu einem ‹Kalkül des Lebens› führen: das Eigentum und der Vertrag» (Mercurio, 19.4.1981).

Dieses Zitat ist der Kernsatz, aus dem man alles Übrige ableiten kann. Das *Recht auf Leben* hat, wer *Eigentum* besitzt und *vertragsfähig* ist. Eigentum und Vertrag sind die beiden zentralen Elemente des kapitalistischen Marktes. Ja, sie werden als die einzigen moralischen Regeln totalisiert. Das geht auf die alte liberale Tradition eines *John Locke* zurück, wonach der Mensch in seinem Wesen Eigentümer ist. Er ist es nicht nur an Sachgütern und Kapital, sondern auch an seiner Arbeitskraft, die ihn ebenfalls vertragsfähig macht. Das bedeutet: Der Markt funktioniert ausschliesslich für diejenigen, die Eigentum haben und vertragsfähig sind. Alle anderen sind draussen. Das mochte noch hingehen in einer Zeit der Vollbeschäftigung, wo alle sich an diesem Marktkreislauf beteiligen konnten. Mit der weiteren technologischen Entwicklung bekam die stärkere Form des Eigentums, nämlich das Kapital dank seinem Übergewicht über die Arbeit, die Möglichkeit, Arbeit überflüssig zu machen.

Von daher kann der neoliberalen Markt nur für jene eine *Ethik* entwickeln, die die Grundvoraussetzungen für den kapitalistischen Markt erfüllen: die Eigentümer und diejenigen, die Arbeit kontraktieren können. Alle anderen sind draussen. Das neue Phänomen gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft besteht im *Ausschluss* als einem konstitutiven Wesenselement. Es bedeutet auch Ausschluss der Natur und damit Zerstörung der Natur. Denn sie ist nicht Eigentümerin und vertragsfähig, sondern ein Kostenfaktor. Sie ist kein Subjekt, sondern nur Objekt im Kreislauf von Eigen-

tum, Vertrag, Markt, in diesem Mechanismus, der darauf zielt, Reichtumsvermehrung durchzusetzen.

WS: Hayek lehnt ja auch jede Sozialethik ab. «Soziale Gerechtigkeit» ist für ihn ein «Schlagwort des Sozialismus», dem die Kirchen auf den Leim gekrochen sind. Die Ethik reduziert sich auf die beiden systemkonformen Maximen «Respekt vor dem Eigentum» und «Vertragsstreue».

UD: Genau.

Die Zahl der Armen ist eindeutig gestiegen

WS: Die Neoliberalen verschaffen sich ein gutes Gewissen, indem sie sich einreden, der Markt würde alles zum Guten wenden, wenn man ihn nur walten liesse. Sie behaupten ja auch, die Zahl der Armen in der Welt habe sich dank Markt bereits verringert.

UD: Aber das ist schlicht eine falsche Behauptung. Das zeigen Studien haufenweise und auch der neue Atlas der Globalisierung von «Le Monde Diplomatique». Die Zahl der Armen ist eindeutig gestiegen. Und das in fast allen Gesellschaften.

Das gilt auch für die «asiatischen Tiger», die von den Neoliberalen als Paradebeispiel für die Verbesserung der Lage angeführt werden. Erstens sind sie nur so stark geworden, weil sie sich gegenüber dem Weltmarkt *protektionistisch* verhalten haben. In dem Moment, wo sie zweitens gezwungen wurden, sich dem spekulativen Kapital zu öffnen, wurden ihre Währungen zerstört. Diese Gesellschaften haben enorme Krisen durchgemacht. Ich weiss von Indonesien und Südkorea, dass sich dort die Lage der Armen extrem verschlechtert hat. Leute, die im gesteuerten Marktsystem Gewinne gemacht haben und aufgestiegen sind, rutschten sozial wieder zurück in die Armut. Der Neoliberalismus hat die sozialen Wohlstandsgewinne nicht geschaffen, sondern zerstört.

WS: Für die Neoliberalen gibt es *a priori* kein Marktversagen, sondern immer nur ein Staatsversagen. Wenn also der Markt nichts zum Guten wendet, dann heisst das, dass immer noch zuviel Staat in die Marktkräfte interveniert.

UD: Das zeigt eben, dass die neoliberale Wirtschaftslehre *keine Wissenschaft* ist. Theorien müssten sich ja an der Realität überprüfen lassen. Am Beispiel Argentinien zeigt sich, dass exakt das Gegen- teil von dem eintritt, was behauptet wird. Nur wer Eigentümer ist oder gute Fähigkeiten hat, seine Arbeit zu verkaufen, gelangt zu Wohlstandsgewinnen. Doch diese Gruppe wird immer kleiner. Das belegen auch die Statistiken.

Die goldenen dreissig Jahre der Sozialen Marktwirtschaft

WS: Es gab einmal das Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft, wie es z.B. Alfred Müller-Armack in der jungen BRD entworfen hatte. Dazu gehörten die Korrektur zu grosser Einkommens- und Vermögensunterschiede durch progressive Steuertarife und die sozialpolitische Umverteilung. Was ist passiert, dass der Wohlfahrtsstaat immer mehr delegitimiert wird, ja dass heute selbst eine sozialdemokratisch geführte deutsche Regierung in dieses neoliberalen Horn stösst? Herr Schröder nennt das die «Einsicht in die Notwendigkeit».

UD: Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft war nicht nur ein reines Verrufshandeln. Sie wurde auch durch die *machtpolitische Situation* begünstigt. Einerseits waren die Gewerkschaften stärker geworden, auch durch eine ökonomische Entwicklung, die man «*Fordismus*» nennt. Dieser ging davon aus, dass Massenproduktion sich nur verkaufen liess, wenn auch die Nachfrage, folglich die Kaufkraft der Löhne, mithielt. Andererseits gab es im Osten den real existierenden Sozialismus, der eine *Systemkonkurrenz* bedeutete. Der Kapitalismus hatte Angst, dass die Völker zum Sozialismus umschwenken könnten, wenn

nicht gewisse soziale Zugeständnisse gemacht würden. Diese Faktoren waren massgebend für die goldenen dreissig Jahre der Sozialen Marktwirtschaft.

WS: Müller-Armack nannte sein Modell ja auch einen «dritten Weg» zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

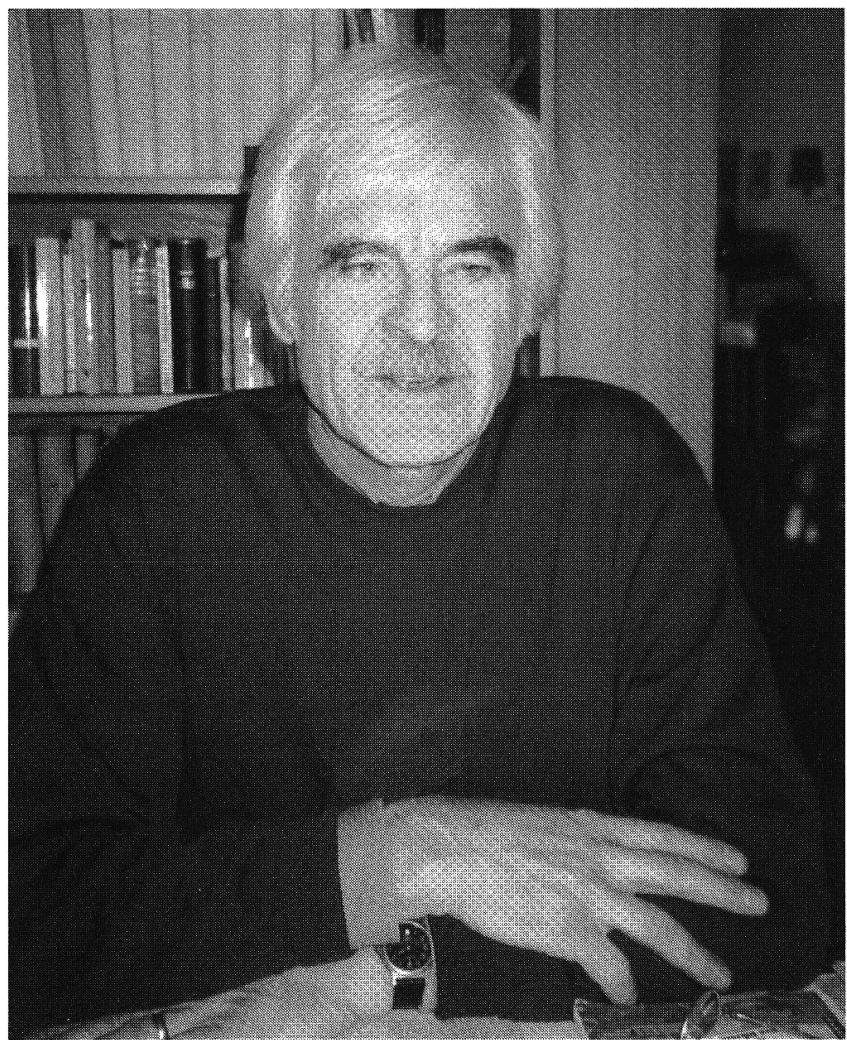
UD: An diesem «dritten Weg» war allerdings nicht alles nur positiv. Die *Ausbeutung der Dritten Welt* war eine seiner Voraussetzungen. Es schien auch noch keine ökologische Rücksichtnahme nötig zu sein. Trotzdem ist diese Zeit in der Tat ein Beweis dafür, dass der Markt nur funktioniert, wenn ihm der Staat einerseits Rahmenbedingungen setzt und anderseits eine Umverteilung über progressive Steuern vornimmt, damit breiter Wohlstand entsteht.

Ja, und was ist inzwischen passiert, dass das nicht mehr so gemacht wird? Der Kernpunkt liegt genau in der Steuerpolitik. In einer Zeit, da die Weltwirtschaft noch keinen kohärenten Weltmarkt bildete, konnten die nationalen Regierungen ihre Volkswirtschaften regulieren. Die Staaten verfügten auch noch über so etwas wie eine *Steuersouveränität*. Dadurch dass nun aber die Finanzmärkte sich transnationalisiert haben, sind Steuerflucht, Steuervermeidung und die Erpressung von Steuervergünstigungen an der Tagesordnung. Darum ist eines der gravierenden Probleme des Neoliberalismus die *Verschuldung der öffentlichen Haushalte*. Der Staat wird erpresst, die Gelder von unten nach oben umzuverteilen. Was Schröder jetzt mit der Agenda 2010 unternimmt, will noch einmal die Verlierer zur Kasse bitten und den Reichen behilflich sein, ihr Geld weiter zu vermehren. Die Behauptung, dass Steuererleichterungen im Neoliberalismus neue Arbeitsplätze schaffen, ist längst widerlegt. Stattdessen wird das Geld in die Rationalisierung und damit in die weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen gesteckt oder in spekulative Geldgeschäfte.

Der Fatalismus als neoliberales Kampfinstrument

WS: Welche Alternative hätte Schröder?
UD: Innerhalb der SPD ist die Linke aufgewacht und stellt Forderungen. Danach sollen die Reichen stärker zu Kasse gebeten werden, sei es über die Vermögenssteuer, die Erbschaftssteuer oder die bessere Besteuerung der Kapitalwege und der Börse. Das Gegenargument, dass eben der Nationalstaat das nicht kann, trifft nicht zu. Als *Theo Waigel* noch Finanzminister war und sich an die 3-Prozent-Grenze bei der Neuverschuldung halten musste, hat er 20 Milliarden bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe

«Historisch gesehen ist dieses System gleichzusetzen mit der absoluten Perversion im Hitler-nazismus» (Bilder: W. Spieler).



eingespart. Demgegenüber hat *Lionel Jospin* in Frankreich durch die Abgabe auf grosse Vermögen das gleiche erreicht. Das Kapital ist ihm deswegen nicht weg-gelaufen. Auch Schröder hätte zu Beginn seiner Regierungstätigkeit, als *Lafon-*

taine noch Finanzminister war, eine andere Steuerpolitik machen können. Die Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung wäre ihm sicher gewesen.

Das geht natürlich nur über *kooperative politische Einheiten*. Die EU wäre die nächste Stufe, die diese Steuerhoheit wieder herstellen müsste. Es gibt geringe Ansätze in diese Richtung, besonders bei der Besteuerung der Kapitalgewinne. Die EU müsste aber auch auf globaler Ebene sich als *alternative Kraft gegenüber den USA* profilieren. Auch das wollte Lafontaine mit der Regulierung der Finanzmärkte, der Tobinsteuern usw. Die Mehrheit der Bevölkerung würde mitgehen, wenn das klar formuliert würde.

Was jetzt passiert, ist eine Wackelpartie. Die Stammwählerinnen und -wähler von links und grün brechen immer mehr weg. Seit Anfang dieses Jahres sind 20 000 Austritte aus der SPD zu verzeichnen. Die Leute haben keine Auswahl mehr zwischen dem Neoliberalismus und einer Alternative. Was sollen sie noch wählen, wenn alle mehrheitsfähigen Parteien *neoliberalen Sozialabbau* betreiben? Der Fatalismus ist eines der ideologischen Kampfinstrumente des Neoliberalismus. Auf diese Weise wird verschwiegen, dass Neoliberalismus mit Macht und Gewalt eingeführt wurde. Alle Diktaturen in der Dritten Welt sind eingesetzt worden zur Öffnung der Märkte, zum Hereinlassen des transnationalen Kapitals, zum Ausverkauf der nationalen Industrien. Von daher gesehen ist der Neoliberalismus auch nur politisch zu überwinden. Es ist an den *sozialen Bewegungen*, diese neuen politischen Spielräume zu erkämpfen.

WS: Im globalen Zusammenhang scheint es überhaupt keine Soziale Marktwirtschaft zu geben. Die Neoliberalen propagieren ganz unverblümt die «Marktwirtschaft ohne Adjektive». Es sei gefährlich, die sozialen und ökologischen Probleme durch politische Interventio-

nen in den Markt lösen zu wollen. Otto Graf Lambsdorff schrieb schon vor Jahren in der NZZ (28./29.10.95), nicht die Kinderarbeit, sondern das Verbot von Kinderarbeit in der Dritten Welt habe «katastrophale Folgen». Für die »angeblich Geschützten« würde «ein solches Verbot Hunger, Kinderprostitution und Not bedeuten». Ähnliches gelte für die Ökologie. Nur «der Freihandel» könne «jenen Wohlstand schaffen, der es den Menschen erlaubt, sich ein genügendes Umweltbewusstsein leisten zu können».

UD: Das sind die bekannten ideologischen Argumente, die durch die Wirklichkeit täglich widerlegt werden. Aber seit der Asienkrise 1997 wird die Ignoranz, die aus diesen Zitaten spricht, so nicht mehr vertreten, und sei es allein schon, um politisch kein Terrain zu verlieren. Inzwischen denken sogar die etablierten Spitzen der Finanzwelt, G-8 usw. über eine *neue Finanzarchitektur* nach, auch wenn diese im Grunde nur sagt, dass die Gläubiger besser geschützt werden sollen. So rein mit dem Markt geht es nicht mehr. Aber man hilft sich nur mit *Euphemismen*. IWF und Weltbank machen «Armutsbekämpfungsprogramme», ändern aber nicht die Politik, die zur Armut führt. Immerhin bewirkt der Druck der öffentlichen Meinung, dass sie wenigstens kosmetische Korrekturen anbringen müssen.

Der reine arrogante, ignorante Neoliberalismus ist durch einen *verschleiern-den Neoliberalismus* ersetzt worden. Das gilt nicht für die militärische Flanke des Neoliberalismus, wohl aber für seine ökonomische Flanke.

Vom «Processus» zum «Status confessionis» gegenüber dem globalen Kapitalismus?

WS: Der Reformierte Weltbund und der Ökumenische Rat der Kirchen halten die zerstörerischen Folgen des globalen Kapitalismus im sozialen und im ökologischen Bereich für so gravierend, dass sie einen «Bekenntnisprozess» einleiten.

Wie lautet die Kritik, die sich als Herausforderung des Glaubens versteht?

UD: Wie das erwähnte Zitat von Hayek belegt, schliesst die reine Marktwirtschaft systemisch aus. Es kann jedoch biblisch oder ekklesiologisch nicht sein, dass von vornherein und im Weltmassstab eine immer grössere Zahl von Menschen ausgeschlossen wird. In einigen Ländern ist die faktische Arbeitslosigkeit über 50 Prozent. Auch Natur wird systemisch zerstört, da sie nur als Kostenfaktor und nicht als notwendige Basis des Lebens von Generationen gilt.

Auf einen zweiten Punkt haben Sie mit dem Zitat von Schröder hingewiesen: Das ganze wird als *Notwendigkeit*, als einzige moralische Regel deklariert. Damit wird dieser ausschliessende und zerstörerische Prozess idolisiert. Es wird aus diesem Marktsystem ein *Götze* gemacht, der nicht mehr hinterfragbar, nicht mehr korrigierbar ist, ein Moloch, der absolut und gesetzmässig seine Opfer fordert. Diese beiden Punkte: systemischer Ausschluss neben der verstärkten Ausbeutung und Zerstörung der Natur aus dem gleichen Mechanismus, gleichzeitig die Vergötzung dieses Systems, die auf der Absolutsetzung des Privateigentums beruht, sind die Gründe, warum man an diesem System nicht nur Korrekturen anbringen, sondern es von der Basis des christlichen Glaubens her grundsätzlich in Frage stellen muss.

Historisch gesehen ist dieses System gleichzusetzen mit der absoluten Perversion im *Hitlernazismus* und mit der *Apartheid*, auch wenn diese Vergleiche die Kritiker wütend machen. Hier wie dort fanden und finden Zerstörung, Diskriminierung, Mord systemisch statt. Das ist der Grund, warum das Stichwort *Bekenntnis* in der reformierten Tradition hier ins Spiel kommt.

WS: Wenn es denn so klar ist, warum sprechen wir nur von einem «Processus confessionis»? Warum wird nicht gleich der «Status confessionis» erklärt, wie das

gegenüber der Apartheid und beim RWB auch gegenüber der nuklearen Aufrüstung der 80er Jahre der Fall war?

UD: Ich selber habe den Begriff »Processus confessionis« 1981 geprägt. Der Begriff stand im Zusammenhang mit dem Streit um die Erklärung des Reformierten Moderamens, wonach *Massenvernichtungswaffen* den «Status confessionis» bedeuteten. Diejenigen, die das nicht wollten, stritten um diesen Begriff statt um die Sache. Mit dem Begriff «Processus confessionis» wollte ich anknüpfen an Dietrich Bonhoeffer, der die Bedingungen genannt hat, wann der «Status confessionis» eintritt. Damals ging es um den Staat und nicht um die Wirtschaft, einerseits um zuviel Staat, der in die Hirne und Herzen eingreift, anderseits um zu wenig Staat, der die Menschen nicht mehr schützt, sondern umbringt.

Ekklesiologisch gesehen geht es beim «Status confessionis» nach Bonhoeffer nicht darum, dass man definiert, wer draussen und wer drinnen ist. Es geht darum, *synodal* oder *konziliar* zu einer Entscheidung zu kommen, was unser Bekenntnis heute ist. Von daher soll ein Kommunikationsprozess in Gang kommen, damit diejenigen, die unsicher sind oder sich nur irren, aber nicht eigentlich auf die Seite der Verfolger und Frevler treten, in dieses Bekenntnis einstimmen können. Schliesslich erfordert jedes Bekenntnis *Rezeption*. Ein Bekenntnis ist nie ein Zustand, sondern immer ein Prozess. Indem man das Bekenntnis mit einem Prozess verbindet, wird der «Status confessionis» nicht durch einen Prozess ersetzt, sondern ein Prozess muss sein, um eine klare synodale oder konziliare Entscheidung zu ermöglichen.

WS: Und diese Entscheidung könnte «Status confessionis» heißen?

UD: Genau so ist es. Deshalb wird in allen Veröffentlichungen, auch im Brief der Generalsekretäre an die Kirchen in Westeuropa, immer darauf hingewiesen,

dass wir nicht nur diskutieren, sondern auch entscheiden müssen. Wären die Nord-Kirchen nicht gewesen, hätte schon 1997 in Debrecen der «Status confessionis» erklärt werden können. Nun wurde der «Processus confessionis» auf sieben Jahre ausgerufen. Ob die Kirchen des Nordens diese Chance wahrnehmen, ist eine andere Frage.

WS: In der Befreiungstheologie und auch in Sozialencykliken des Papstes ist nicht von «Status confessionis» die Rede, sondern von «struktureller Sünde» oder «sündigen Strukturen». Darunter fallen all die Mechanismen, die dazu führen, dass weltweit die Armen ärmer und die Reichen reicher werden. Wie verhalten sich die Begriffe zueinander?

UD: Im konziliaren Prozess gibt es verschiedene Begriffe, die im Grunde genommen die gleiche Sache meinen. Die Begrifflichkeit, die spezifisch reformatisch ist, muss nicht für alle gelten. Wir haben seinerzeit im Rahmenpapier für den konziliaren Prozess sieben biblische Begründungen genannt. Die Friedenskirchen sprechen von Christsein als radikaler Nachfolge. Die Orthodoxen thematisieren die Frage im Zusammenhang mit der Eucharistie. Es kann keine Teilnahme am Leib Christi geben, ohne dass nicht das ganze Leben in den Prozess des Teilens, der Gemeinschaft einbezogen wird. Anknüpfend an Paulus (1 Kor. 11,17ff.) können nicht die Reichen saufen und sich voll fressen und dann noch mit den Armen Eucharistie feiern. Ein anderes Beispiel ist die von Ihnen zitierte «strukturelle Sünde». Weiter zu nennen wäre der «Bund», mit dem auch in der reformierten Kirche die Bekenntnisfrage gern verknüpft wurde. Man kann nicht im Bund mit Gott sein, ohne Bundesverpflichtungen zu erfüllen. Es gibt eine Fülle von biblischen Möglichkeiten, diese Koppelung von Glauben und Leben deutlich zu machen. Auch die Glaubwürdigkeit der Kirche ist nur gegeben, wenn sie lebt, was sie sagt.

Die konstantinische Verbindung von Kirche und Macht

WS: Sie sind Mitglied einer Task Force zum «processus confessionis». Was ist deren Aufgabe?

UD: Die Task Force hat der *Reformierte Weltbund* eingesetzt, um diesen Prozess auf allen Kontinenten organisieren zu helfen. Auch der *Ökumenische Rat* und der *Lutherische Weltbund* haben sich diesem Prozess angeschlossen. Die gesamte protestantisch-orthodoxe Ökumene ist damit in einen gemeinsamen Prozess eingebunden. In allen Kontinenten sollen die verschiedenen regionalen Räte mit ihren Mitgliedskirchen, aber auch mit den sozialen Bewegungen und mit anderen Religionen in diesen Prozess einbezogen werden. Zum Beispiel war die *Asiatische Konferenz* in Bangkok schon 1999 unter der Beteiligung von Buddhisten, Muslimen usw. zusammengekommen. Jeder Kontinent hat andere Rahmenbedingungen. Und wir versuchen, diesen Prozess regional und weltweit zu stimulieren und zu begleiten. Hier in *Europa* haben wir zwei Prozesse organisiert, den ersten 2001 in Budapest für Zentral- und Osteuropa, den zweiten für Westeuropa in Soesterberg (Holland). Hier wurde noch einmal ein Brief an die Kirchen in Westeuropa geschrieben. Jetzt greifen die ökumenischen Basisgruppen ein, um diesen Prozess innerhalb ihrer Kirche zu stimulieren.

WS: Ein entsprechendes Dokument haben wir in der letzten Nummer der *Neuen Wege* veröffentlicht. In der Schweiz ist der «processus confessionis» noch lange nicht angekommen. Wo liegen die Hemmungen, sich auf diesen Prozess einzulassen? Haben die Kirchen Angst, «bürgerlich unmöglich» zu werden?

UD: Die Kirchen auf unserem Kontinent haben Angst, aus dem alten konstantinischen Modell der Verbindung von Kirche und Staat, Kirche und Macht, damit auch Kirche und Wirtschaft, herauszukommen. Das 20. Jahrhundert war

gekennzeichnet durch einige *Breschen in der Mauer*: Bekennende Kirche, Apartheid, Antirassismusprogramm usw. Da gab es Konflikte, die innerhalb der Kirchen Spuren hinterlassen haben. Es war nicht einfach, «auszusteigen aus diesem milden Frieden der Kirche mit der Gesellschaft», wie Bonhoeffer es genannt hat.

Der tiefere Kern dieses Zögerns der Kirchen liegt in der *Konflikscheu*. Wir würden zwar nicht wie Romero hier gleich umgebracht, aber die Angst ist da, Privilegien zu verlieren. Diese Scheu vor dem Leidensgang nach Jerusalem ist schon im Neuen Testament kräftig bezeugt. Die männlichen Jünger wollten gar nicht gern mit Jesus nach Jerusalem ins Leiden gehen. Auch bei der Tempelreinigung waren keine Jünger dabei. Das hat Jesus allein gemacht, auch am Kreuz war er alleine. Das ist seit jener Zeit unser aller Problem, dass wir die Kosten der notwendigen Konflikte nicht tragen mögen.

WS: Eine Rolle spielt da auch die Dialog-Ideologie einer Kirche, die «für alle» dasein möchte.

UD: In der Zeit des Koalition von Banken und Konzernen mit Südafrika gab es zwei Modelle. In *Deutschland* haben sich die Kirchen an ein «Dialogprogramm» gehalten. Sie waren sehr stolz, dass die Mächtigen von Finanz und Wirtschaft mit ihnen hinter verschlossenen Türen redeten. In *Holland* dagegen sind die Kirchenleute zu Shell gegangen und haben gesagt: «Liebe Freunde, wir haben eine ökumenische Position in dieser Frage. Wir wollen sehen, wie weit Sie bereit sind, auf diese ökumenische Agenda einzugehen. Wenn nicht, dann schliessen wir uns denen an, die zum Boykott gegen Shell aufrufen.» Das Machtmittel des Boykotts ermöglichte einen Dialog auf gleicher Augenhöhe.

Der *Ökumenische Rat* vermeidet das Wort «Dialog» im Umgang mit IWF und

Weltbank und verwendet stattdessen das Wort «*encounter*». Man «trifft sich» mit den Verantwortlichen auf einer klaren ökumenischen Basis und schildert ihnen die Leiden der Leute. Demgegenüber sagte die EKD-Synode 2001 zur Globalisierung, die Kirche behandle die Leute von IWF, Weltbank und Transnationalen Konzernen nicht als Widersacher, sondern als Partner. Wir haben nach wie vor diesen Unterschied zwischen ökumenisch fundierten «Treffen» und den «Dialogen», die nur der Verschleierung und Legitimierung des Status quo dienen.

WS: *Ist es einfacher, auf der Ebene der Ökumene klare Positionen zu vertreten als vor Ort, wo die Kirchen mit den Mächtigen unmittelbar konfrontiert sind?*

UD: Leider nicht. Wenn die Ökumene klare Positionen einnimmt, läuft sie Gefahr, dass die reichen Kirchen ihr das Geld entziehen. Die Ökumene ist in höchster Weise *fragil*.

Ich will Ihnen aber auch ein umgekehrtes, ein positives Beispiel nennen: Nach einer Reise mit einem Pfarrkonvent nach Genf rief mich einer der beteiligten Pfarrer an. Er habe in Genf doch gehört, dass es Banken gebe, die das *Apartheid-regime* unterstützten. Ob die Dresdner Bank auch dazu gehöre. Sie wollte nämlich eine Zweigstelle eröffnen und den Gemeinden bei der Eröffnungsfeier einen Scheck überreichen. Als er von mir hörte, dass die Dresdner Bank dazu gehörte, beschloss er mit seinem katholischen Kollegen, dass sie den Scheck nicht annähmen. Dabei wurden sie vom Kirchgemeinderat unterstützt. Ihr Verhalten hat eine enorme Diskussion ausgelöst. Es ist gar nicht so schwer, einen solchen Konflikt durchzustehen. Und die Kirche gewinnt damit erst noch an Glaubwürdigkeit.

WS: *Und wie gehen Sie nun mit den zögerlichen Kirchen in Westeuropa um?*

UD: Wir haben Koalitionen in den einzelnen Ländern und auch ein europäisches Konsortium gebildet. In diesen Bündnissen mit engagierten Christinnen und Christen, Gemeinden und auch Leuten aus Kirchenleitungen haben wir die *Briefe an die Kirchen in Westeuropa* verbreitet. Zum *Kirchentag* geben wir ein Heft heraus, wo konkrete Felder genannt werden, an denen die Kirchen ihre grundsätzlichen Entscheidungen überprüfen müssen und sie zugleich konkretisieren können. Es geht dabei um das Arbeits- und Sozialsystem, das Steuersystem, den Umgang mit Geld und der gleichen.

Wir hoffen, dass damit jetzt «*von unten*» her die Anfrage an die Gremien kommt, den «*Processus confessionis*» auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist keineswegs hoffnungslos. Wir haben als Kairos Europa zusammen mit WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) u.a. das «*Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte*» gegründet, das sich 2001 in ATTAC-Deutschland unbenannt hat. Ganze Gemeinden, ja selbst der Reformierte Bund sind inzwischen Attac beigetreten. Ich werde von Attac-Gruppen und Kirchen gemeinsam zu Vorträgen eingeladen. Die Realität der Globalisierung beunruhigt die Leute so sehr, dass die Beschäftigung mit dieser Frage eindeutig an Intensität zunimmt.

Die Eigentumsfrage als Systemfrage neu stellen

WS: *Die Frage, die sich globalisierungskritischen Bewegungen oder eben auch globalisierungskritischen Kirchen stellt, ist diejenige nach den Alternativen. Sie, Herr Duchrow, stellen sich dieser Frage wie sonst kein mir bekannter Sozialethiker. Im Mikrobereich ermutigen Sie Basisgemeinschaften, die dem sich totalisierenden Weltwirtschaftssystem Widerstand leisten, im Makrobereich treten Sie für die Veränderung dieses Systems selbst ein, z.B. durch eine*

progressive Weltsteuer oder durch eine Besteuerung der Handelsüberschüsse. Können Sie die Alternativen in diesen Bereichen näher ausführen?

UD: Im Hinblick auf den kapitalistischen Markt muss die *Eigentumsfrage* neu gestellt werden. Wer diese Grundfrage aussen vor lässt, setzt zu flach an. Im neuen Buch «Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums» vertreten Franz Hinkelammert und ich die These, dass Eigentum dann legitim ist, wenn es dem Gebrauch dient, wenn es also *realen Lebensbedürfnissen* entspricht. Wir müssen auch aus der Alternative des Kalten Kriegs herauskommen, die entweder nur Privateigentum oder nur zentralistisch verwaltetes Staatseigentum zuließ.

Wenn wir uns an den *konkreten Lebensbedingungen* der Menschen orientieren, können wir mit einer *Fülle von rechtlichen Eigentumsformen* arbeiten. Mit kommunalem Eigentum oder kooperativem Eigentum kommen wir zu einer Eigentumsordnung «von unten», deren Bezugspunkte das konkrete Leben der Menschen und das Gemeinwohl vor Ort sind. Im *Makrobereich* müssten wir auf europäischer und globaler Ebene neue Instrumente entwickeln, um die Sozialpflichtigkeit des Eigentums zu revitalisieren. Im Neoliberalismus wird diese Sozialpflichtigkeit systemisch und strukturell ausgeschlossen. Auch die *öffentlichen Basisdienste* wie Wasser- und Energieversorgung dürfen nicht privatisiert werden, sie müssen erhalten bleiben oder sogar wiedergewonnen werden. Das gleiche gilt für das sog. geistige Eigentum. Bei Saatgut und Pharmazie zum Beispiel sind Absolutsetzungen dieses Eigentums im Blick auf Ernährungssicherheit und Gesundheit mörderisch.

WS: *Müsste hier die Frage nach der Demokratisierung der Wirtschaft nicht auch wiederaufgenommen werden?*

UD: Mit Sicherheit. Nur kommen wir da

in tiefes Wasser. Demokratisierung der Wirtschaft meint ja oft sehr oberflächlich eine politische Regulierung der Wirtschaft. Die Grundfrage lautet: Wie verteilen wir Eigentum, das die Basis für Marktprozesse ist? Demokratisierung der Wirtschaft müsste also bei der Demokratisierung des Eigentums ansetzen. Eine andere Form der Demokratisierung ist die *Mitbestimmung*, die freilich davon abhängt, wie stark die Arbeiterbewegung ist. Dafür haben wir heute keine politischen Mehrheiten.

Alle, die wie Schröder von der «Einsicht in die Notwendigkeit» daherreden, lassen sich von der neoliberalen Globalisierung ins Bockshorn jagen. Aber die *sozialen Bewegungen* wie Attac müssen an diesen Basisfragen ansetzen. Deshalb stimme ich Ihnen hundertprozentig zu. Wenn wir eine Gesellschaft wollen, in der alle in Würde und im Einklang mit der Natur leben können, dann müssen alle partizipieren können, an den Produktionsmitteln und an der Verteilung der Erträge. Von daher ist eine Demokratisierung der Wirtschaft zentral. Aber wenn man sie radikal fasst, ist das eine *Systemänderung*. Denn dieses System beruht auf dem Vorrang des Privateigentums.

WS: *Wenn wir die Eigentumsfrage so grundlegend neu aufwerfen, dann müssen wir auch die Systemfrage stellen. Partizipation heißt dann sowohl Teilhabe am Eigentum als auch Teilnahme an den Entscheidungen über das Eigentum, das aus Produktionsmitteln besteht.*

UD: Genau so ist es. Auf der lokalen und regionalen Ebene könnten wir mit starker Betonung der *gemeinwirtschaftlichen Seite* beginnen. Der partizipative Haushalt in *Porto Alegre* ist dafür ein Beispiel, das die Demokratisierung bis zur Bestimmung über die öffentlichen Ausgaben einer Stadt entwickelt. So entsteht eine neue Kultur des Denkens und des Erprobens, durch die langfris-

tig auch postkapitalistische Optionen möglich werden.

Der Irakkrieg als Anfang vom Ende des Imperiums

WS: Noch eine letzte, eine sehr aktuelle Frage: Krieg beginnt, bevor er ausbricht. In der Wirtschaft gibt es ihn schon lange. In Paris wurde gar eine «Ecole de guerre économique» eröffnet. Konkret: Gibt es einen Zusammenhang zwischen der neoliberalen Globalisierung und dem Irakkrieg? Dient sich die US-Regierung den globalen Wirtschaftseliten an als Gewaltmonopolist, der an Stelle der UNO eine Weltordnung durchsetzen will, die vornehmlich Kapitalinteressen bedient?

UD: Der Neoliberalismus beruht immer schon auf Gewalt, er ist mit Gewalt eingeführt worden – in einigen Fällen durch direkte Interventionen der USA, normalerweise durch Stellvertreterkriege oder geheimdienstliche Vorgänge, die zur Einsetzung von Diktaturen führten. Angefangen mit dem Sturz Mossadeghs und der Einsetzung des Schahs schon in den 50er Jahren oder mit Lumumbas Ermordung 1961, dann kamen die Militärdiktatur in Brasilien 1964, Indonesien 1965, Pinochets Machtübernahme in Chile und die Ermordung des demokratisch gewählten Präsidenten Allende 1973, gefolgt von der neoliberalen Umgestaltung dieses Landes durch die ökonomische Schule von Chicago.

Und was haben die Diktatoren für die USA gemacht? Sie öffneten 1. ihre Märkte für Güter und 2. ihre Finanzmärkte für das transnationale Kapital, das damit die Industrien dieser Länder übernehmen konnte. Diese Diktaturen haben aber auch 3. die Verschuldung ihrer Länder herbeigeführt. Sie haben dem Norden Güter abgenommen für Prestigeprojekte. Die Völker wurden durch diese Schulden praktisch in Geiselschaft genommen. Hinzu kommen die Gewaltinstitutionen von IWF und Weltbank, die eben nicht demokratisch, son-

dern mit Kapitalgewalt die Wirtschafts- und Finanzpolitik dieser Länder bestimmen. Überall liegt die Gewalt dieser angeblich freien Wirtschaft zugrunde.

Der Irakkrieg ist eine weitere Stufe. Bislang haben die USA versucht, noch eine Legitimationsbasis für ihr hegemoniales und imperiales Verhalten zu wählen. Und nun haben sie alle Masken fallen lassen. Sie brauchen niemanden mehr zu fürchten. Das ist die eine Seite der Sache. Aber mein historisches Bewusstsein sagt mir, dass dies der Anfang vom Ende ist. Alle Imperien, die nicht mehr irgendeine Legitimation haben, und sei es nur zum Schein, sondern sich rein auf Gewalt gründen, brechen früher oder später zusammen. Durch die *vollständige Demaskierung der USA* wachsen den sozialen Bewegungen im Süden, aber auch bei uns enorme Kräfte zu. Durch die Militarisierung der Wirtschaft wird der Schuldenberg der USA nochmals erhöht. Der *Kriegskeynesianismus*, die Ankurbelung der Wirtschaft durch die Produktion von Rüstungsgütern, führt in eine Sackgasse. Kriegsgüter sind bekanntlich keine produktiven Güter, sondern zerstörtes Kapital. Alles zusammengekommen – Verlust der Legitimität, Leistungsbilanzdefizit, Überschuldung des Haushalts, Überdehnung der imperialen Militarisierung u.a.m. – lässt sich langfristig nicht durchhalten.

Diese neue Stufe des Imperiums, verbunden mit dem totalen Markt, ist die Klimax, mit der die Selbstzerstörung beginnt. *Mord ist Selbstmord*. Das hilft uns jetzt auch bei der Mobilisierung in den Kirchen und sozialen Bewegungen. Es entsteht eine apokalyptische Perspektive: Der Koloss hat tönerne Füsse. Dahinter aber – so hoffen wir – kommt das Reich mit menschlichem Gesicht. •